

An die untere Bauaufsichtsbehörde	Eingangsstempel der unteren Bauaufsichtsbehörde	Nr. im Bauantragsverzeichnis/Aktenzeichen der unteren Bauaufsichtsbehörde
		Nr. im Bauantragsverzeichnis/Aktenzeichen der Gemeinde

Stellungnahme der Gemeinde nach § 36 BauGB und § 75 Abs. 1 ThürBO

1. Antragsteller / Bauherr

Name	Vorname	Ort
------	---------	-----

2. Vorhaben / Baugrundstück

Genauere Bezeichnung des Vorhabens		
Gemarkung	Flur-Nr.	Flurstück-Nr.
Gemeindeteil	Straße, Hausnummer	

3. Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines Bebauungsplans

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich eines qualifizierten (§ 30 Abs. 1 BauGB) oder vorhabenbezogenen Bebauungsplans (§§ 12, 30 Abs. 2 BauGB)	
Bezeichnung	Gebietsart nach BauNVO
Das Vorhaben entspricht den Festsetzungen dieses Bebauungsplans <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

4. Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Bauvorhaben liegt innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile (§ 34 BauGB)	
<input type="checkbox"/> in einem Gebiet ohne Bebauungsplan (§ 34 Abs. 1 BauGB)	
<input type="checkbox"/> im Geltungsbereich eines einfachen Bebauungsplans (§ 30 Abs. 3 BauGB)	
Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplans	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Die Eigenart der Umgebung entspricht einem der Baugebiete nach der BauNVO (§ 34 Abs. 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn ja, welchem?	
Das Bauvorhaben fügt sich in die Eigenart der näheren Umgebung ein (§ 34 Abs. 1, 2 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Es liegt eine Satzung nach § 34 Abs. 1 Satz 1 Nr. <input type="text"/> BauGB vor	
Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen dieser Satzung	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

5. Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Außenbereich (§ 35 BauGB)	
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben ist privilegiert nach § 35 Abs. 1 Nr. <input type="text"/> BauGB	Öffentliche Belange stehen entgegen <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 2 BauGB	Öffentliche Belange werden beeinträchtigt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben fällt unter § 35 Abs. 4 Satz 1 Nr. <input type="text"/> BauGB	Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 4 BauGB genannten, werden beeinträchtigt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB	Öffentliche Belange, ausgenommen die in § 35 Abs. 6 BauGB genannten, werden beeinträchtigt <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

6. Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung (§ 33 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich folgenden Bebauungsplans für den die Aufstellung beschlossen ist	
Bezeichnung	Gebietsart nach BauNVO
Der Bebauungsplan besitzt die formelle Planreife nach § 33 Abs. 1 Nr. 1 BauGB?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Bauvorhaben steht den künftigen Festsetzungen des Bebauungsplans nicht entgegen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Der Antragsteller hat die künftigen Festsetzungen für sich und seine Rechtsnachfolger anerkannt (Erklärung nach § 33 BauGB liegt bei)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Bauvorhaben kann vor Durchführung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zugelassen werden (§ 33 Abs. 2, 3 BauGB)	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Die Beteiligung nach § 33 Abs. 3 Satz 2 BauGB wurde durchgeführt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

7. Ausnahmen und Befreiungen (§ 31 BauGB)

Das Einvernehmen zu Ausnahmen nach § 31 Abs. 1 BauGB wird erteilt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Einvernehmen zu Befreiungen nach § 31 Abs. 2 BauGB wird erteilt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

8. Veränderungssperre (§ 14 BauGB) und Zurückstellung von Baugesuchen (§ 15 BauGB)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung über eine Veränderungssperre	
Bezeichnung	
Das Einvernehmen zu Ausnahmen von der Veränderungssperre wird erteilt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Zurückstellung / vorläufige Untersagung nach § 15 BauGB wird beantragt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

9. Örtliche Bauvorschriften

<input type="checkbox"/> Das Bauvorhaben liegt im Geltungsbereich einer örtlichen Bauvorschrift nach § 97 ThürBO	
Bezeichnung	
Das Bauvorhaben entspricht den Festsetzungen der örtlichen Bauvorschrift	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Das Einvernehmen zu Abweichungen nach § 73 ThürBO wird erteilt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

10. Stellplätze / Abstellplätze für Fahrräder (§ 52 ThürBO)

<input type="checkbox"/> Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich einer Satzung, die die Herstellung von Stellplätzen und Garagen untersagt oder einschränkt	
Bezeichnung	
Das Einvernehmen zu Abweichungen nach § 73 ThürBO wird erteilt	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Mit der Ablösung von Stellplätzen/Abstellplätzen für Fahrräder besteht Einverständnis	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Eine Vereinbarung über die Ablösung von Stellplätzen/Abstellplätzen für Fahrräder wurde bereits geschlossen	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

11. Zufahrt (§ 4 ThürBO)

Die Zufahrt ist gesichert	
<input type="checkbox"/> durch die Lage des Grundstücks in angemessener Breite an einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche (§ 4 Abs. 1 Satz 1 1. Alt. ThürBO)	
<input type="checkbox"/> durch eine befahrbare, öffentlich-rechtlich gesicherte Zufahrt zu einer befahrbaren öffentlichen Verkehrsfläche (§ 4 Abs. 1 Satz 1 2. Alt. ThürBO)	
<input type="checkbox"/> Die Zufahrt ist nicht gesichert	

12. Wasserversorgung

Die Wasserversorgung ist gesichert durch	<input type="checkbox"/> zentrale Wasserversorgung	<input type="checkbox"/> eigenen Brunnen	<input type="checkbox"/> sonstige Wasserversorgung
<input type="checkbox"/> Die Wasserversorgung ist nicht gesichert			

13. Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung ist gesichert durch	<input type="checkbox"/> Kanalisation	<input type="checkbox"/> im Mischsystem	<input type="checkbox"/> im Trennsystem	<input type="checkbox"/> Kleinkläranlagen
<input type="checkbox"/> sonstige Abwasserbeseitigung:				
<input type="checkbox"/> Die Abwasserbeseitigung ist nicht gesichert				

14. Löschwasserversorgung

Die Löschwasserversorgung ist gesichert durch _____ Löschwassermenge _____ m³/h

Die Löschwasserversorgung ist nicht gesichert

15. Schutzgebiete

Das zur Bebauung vorgesehene Grundstück liegt in einem Wasserschutzgebiet Überschwemmungsgebiet
 Naturschutz- / Landschaftsschutzgebiet sonstigen Schutzgebiet: _____

16. Sonstige Angaben

Das Vorhaben betrifft Belange des Denkmalschutzes

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 142 BauGB (Sanierungsgebiet) Das Einvernehmen zur Baugenehmigung wird erteilt
 ja nein

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 165 BauGB (Entwicklungsgebiet) Das Einvernehmen zur Baugenehmigung wird erteilt
 ja nein

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 171d BauGB (Satzung zur Sicherung der Durchführung von Stadtumbaumaßnahmen) Das Einvernehmen zur Baugenehmigung wird erteilt
 ja nein

Das Vorhaben liegt in einem Gebiet nach § 172 BauGB (Erhaltungssatzung) Das Einvernehmen zur Baugenehmigung wird erteilt
 ja nein

Das Bauvorhaben liegt

näher als 100 m zu einer Bundesautobahn näher als 40 m zu einer Bundes-, Landes- oder Kreisstraße näher als 30 m zu einem Wald

bis zu 200 m zu einer Bundesautobahn oder einem Schienenweg des übergeordneten Netzes

Das Baugrundstück liegt in der Nähe (bitte jeweils Entfernung in Metern angeben)

eines öffentlichen Gewässers _____ m einer Eisenbahnanlage _____ m einer _____ kV Starkstromanlage _____ m

eines Flughafens _____ m einer Flugsicherungsanlage _____ m eines militärischen Schutzbereichs _____ m

Sonstiges: _____ Entfernung _____ m

Es liegen folgende Erkenntnisse oder Anhaltspunkte über sog. Altlasten vor (ggf. Anlage):

17. Verfahren

Der Lageplan weist folgende Mängel auf:

Die Nachbarn sind vollständig angeführt ja nein

Folgende Berichtigungen / Ergänzungen sind erforderlich:

18. Schlussfeststellung

Das gemeindliche Einvernehmen wird erteilt ja nein

Begründung bei verweigertem Einvernehmen:

Ort, Datum

Unterschrift

Siegel